

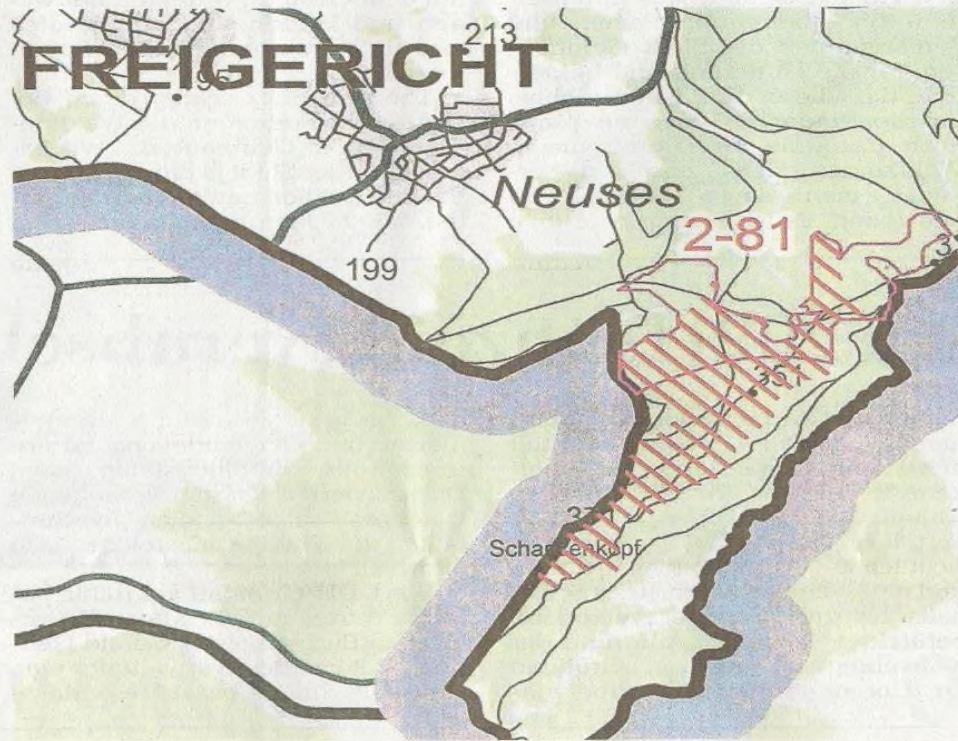
Austausch über Windkraftanlagen in Freigericht wegen Corona-Krise vertagt

Freigericht-Neuses (mab). Ob sich dereinst Windräder hinter dem Fernblick südlich von Neuses drehen, steht derzeit noch in den Sternen. Aufgrund der Corona-Pandemie musste die für April geplante Auftaktveranstaltung zum entsprechenden Bürgerdialog verschoben werden. Ein neuer Termin steht derzeit noch nicht fest. Unterdessen sind bereits erste Fragen von Freigerichter Bürgern bei der Landes-Energie-Agentur eingegangen.

Bürgermeister Dr. Albrecht Eitz und Bauamtsleiter Bernd Dassinger hatten jüngst an einer Videokonferenz mit der Landes-Energie-Agentur teilgenommen, um die aktuelle Lage zu besprechen. „Aufgrund der Corona-Pandemie ist derzeit keine Bürgerveranstaltung zum Thema Windenergie plan- und machbar“, sagt der Rathauschef im Gespräch mit der GNZ. Für Mitte August sei eine weitere Videokonferenz vereinbart, um die dann aktuelle Lage zu besprechen.“

Dialog soll ergebnisoffen geführt werden

Im vergangenen Februar hatte das Freigerichter Gemeindeparlament einstimmig beschlossen, einen ergebnisoffenen Dialog zum Umgang mit der von der Regionalversammlung Südhessen vorgesehenen Windenergie-Vorrangfläche zu beginnen. Die Kommune Freigericht ist der alleinige Eigentümer des etwa 85 Hektar großen Gebiets. „Für uns gilt weiterhin, dass wir mit den Bürgern in einen Dialog treten wollen, bevor das Parlament einen Beschluss für oder wider mögliche Windräder fasst“, hält Eitz an seinen Plänen fest. „Auch meine Amtskollegen in den betref-



Das lila umrandete Gebiet zeigt die ursprünglich vorgesehene Windkraft-Vorrangfläche aus dem Teilplan Erneuerbare Energien von 2013. Die rot gestrichelte Fläche markiert die aktuelle Vorrangfläche, die nun weiter südlich liegt. FOTO: RE

fenen Nachbarkommunen Geiselbach, Mömbris und Alzenau werde ich weiterhin über die Entwicklung informieren.“ Eine baldige Entscheidung des Gemeindeparlamentes ist also nicht zu erwarten.

Der Bürgerdialog, auch das hatten die Parlamentarier im Februar festgelegt, soll vom Bürgerforum Energieland Hessen, das zur Landesagentur gehört, moderiert und neutral und kompetent begleitet werden. Wie Fridtjof Ilgner als Bürgerforums-Ansprechpartner für Freigericht im Gespräch mit der GNZ informiert, sollte die mittlerweile verschobene Auftaktveranstaltung Bürgern ermöglichen, sich

durch Vorträge und Infostände ein Bild von den Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Mensch und Umwelt zu machen. Ob der verschobene Termin noch 2020 nachgeholt werden kann, sei aufgrund der Pandemie allerdings fraglich.

Bislang nur wenige Fragen aus der Bürgerschaft eingegangen

Weiterhin sei es möglich, unter www.energieland.hessen.de/Freigericht Fragen einzureichen, die dann nach Möglichkeit in der öffentlichen Veranstaltung beantwortet werden sollen. Derzeit hält sich

das Interesse der Freigerichter am Thema Windkraft noch in Grenzen. So hätten bislang nur wenige Bürger das Online-Angebot genutzt, berichtet Ilgner, was wohl vor allem daran liege, dass ein Termin für die Versammlung noch nicht feststeht.

Zu den häufigsten der bislang eingegangenen Fragen gehöre die, wie viele Windräder tatsächlich auf der vorgesehenen Fläche errichtet werden können. „Allerdings befindet sich der Prozess in Freigericht noch in einem viel zu frühen Stadium, um hierauf eine seriöse Antwort geben zu können“, sagt Ilgner. Fest stehe jedenfalls, dass vor dem Bürgerdialog nichts geschehe. „Es ist der Gemeinde sehr wichtig, dass nichts über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird.“ Es kann also noch lange dauern, bis die Gemeindevertreter eine Entscheidung fällen. Und selbst wenn die Parlamentarier grünes Licht für Windräder geben sollten, würde noch viel Zeit vergehen, bis diese sich tatsächlich drehen. Wie Ilgner informiert, wäre in diesem Fall der erste Schritt, einen interessierten Investor zu suchen. „So etwas geht aber voraussichtlich schnell“, meint der Ansprechpartner. Anders sieht es mit den erforderlichen Gutachten, beispielsweise über die technische Machbarkeit und die umwelt- und naturschutzrechtlichen Belange aus. Zuletzt muss das Regierungspräsidium Darmstadt die möglichen Pläne genehmigen.

Ins Rollen gebracht hatte den Prozess die Regionalversammlung Südhessen im vergangenen Sommer mit ihrem Beschluss des sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien für den Bezirk des Regierungspräsidiums Darmstadt (TPEE). Der ist mit der Veröffentlichung im Hessischen Staatsanzeiger Ende März wirksam geworden.

GNZ 23.7.20